

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattverlag

Druckerei des Verlags: Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

Einzelhefte: 10 Pf.

Donnerstag bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreis: Für den Verlag: 12. 3. 20 monatlich, 11. 4. 20 vierteljährlich, ohne
Zugabe; für den Abnehmer: 12. 3. 20 monatlich, 11. 4. 20 vierteljährlich, mit Zugabe.
— Bezugsbedingungen: Der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle
Verkaufsstellen. — In Fällen höherer Gewalt, Verzögerungen oder Entzug haben die Be-
zieher keinen Anspruch auf Erstattung des entrichteten Betrags.

Anzeigenpreis: Erste Anzeigen 12. 3. 20, zweite Anzeigen 11. 4. 20, dritte Anzeigen 10. 5. 20, vierte Anzeigen 9. 6. 20, fünfte Anzeigen 8. 7. 20, sechste Anzeigen 7. 8. 20, siebte Anzeigen 6. 9. 20, achte Anzeigen 5. 10. 20, neunte Anzeigen 4. 11. 20, zehnte Anzeigen 3. 12. 20.
— Für die ersten drei Anzeigen gilt die obige Preisliste. — Bei Wiederholungen und bei Abnahme von mehreren Anzeigen wird der Preis ermäßigt. — Für die Aufnahme von Anzeigen an
bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hanja 1371-1373.

Dienstag, 8. Februar 1921.

Abend-Ausgabe.

Nr. 64. • 69. Jahrgang.

Noch mehr indirekte Steuern?

In Paris hat Lloyd George es kürzlich als bitter bezeichnet, daß in Deutschland der einzelne Staatsbürger noch immer weniger Steuern zahlt als in den alliierten Ländern. Und der Bericht der alliierten Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz über das deutsche Budget betont ebenfalls, daß die deutschen indirekten Steuern zu gering seien. Die „Sachverständigen“ betonten, daß in Deutschland die Steuern auf alkoholische Getränke viermal weniger einbrachten als in England und sechs mal weniger als in Frankreich. Ebenso seien die Steuern auf Tabak, Kaffee und Tee sehr niedrig. Die Steuer auf Zucker sei nicht hoch und biete nur den 25. Teil der Steuereinnahmen, während sie z. B. in Italien ein Fünftel der Einnahmen ausmache.

Die Wirtschaftsprüfung der alliierten Sachverständigen ist so unverständlich, daß sich sogar die unabhängige „Freiheit“ zu einem Protest entschlossen hat. Die „Freiheit“ weist mit Recht auf die Ursachen hin, die dem geringen Ertrag der indirekten Steuern zugrunde liegen. Sie liegen in der gewaltigen Verringerung des Verbrauchs, der durch unsere Verelendung bedingt ist. Die amtliche Statistik hat dafür sprechende Zahlen aufzuweisen. Wir verbrauchten in Deutschland im Jahre 1913 68 Millionen Hektoliter Bier — im Jahre 1920 nur noch 25 Millionen Hektoliter. Es ist erklärlich, daß damit auch die Biersteuerertrgnisse sinken mußten. Denn 1913 betrug der Wert des getrunkenen Bieres 2,7 Milliarden Goldmark, 1920 aber 7,5 Milliarden Papiermark, was etwa dem Wert von 0,75 Milliarden Goldmark entspricht. Im Jahre 1913 kamen auf den Kopf der Bevölkerung 103,3 Liter Bier, im Jahre 1920 nur 41 Liter. Durchschnittlich ist der Alkoholkonsum um 20 Prozent zurückgegangen. Wenn man in Paris glaubt, daß man aus einer noch stärkeren Besteuerung von Bier und Wein höhere Erträgnisse zur Tilgung unserer Verpflichtungen gegenüber der Entente herauswirtschaften will, so irt man sich. Denn an dem Sinken des Alkoholkonsums haben einen nicht geringen Anteil die Maßnahmen zur Verringerung der Polizeistunde und die von dem amerikanischen Bundesgenossen der Entente auch in Deutschland mit gar nicht geringen Kräften betriebene „Trunkenlegungspropaganda“.

Was für die geringen Steuerertrgnisse aus der Besteuerung des Alkohols gilt, gilt auch für Tabak, Zucker, Kaffee und Tee. Einer geringen Erhöhung des deutschen Zigarettenverbrauchs steht eine gewaltige Senkung des Verbrauchs an Zigarren und Rauchtobak gegenüber. 1913 wurden in Deutschland 8 Milliarden Zigarren geraucht, 1920 nur 4 Milliarden, 1913 hatten wir einen Verbrauch von 26.500 Tonnen Rauchtobak, 1920 nur noch einen Verbrauch von 15.000 Tonnen Rauchtobak. 1913 kamen auf den Kopf der Bevölkerung 19,2 Kilo Zucker, 1920 nur noch 14,1 Kilo. 1913 verbrauchten wir 164.000 Tonnen Kaffee, 1920 nur noch 45.000 Tonnen. Wir tranken 1913 4.300 Tonnen Tee, 1920 nur noch 2.000 Tonnen. So stark ist der Verbrauch an Genußmitteln in Deutschland zurückgegangen. Und das will viel sagen, weil Bier, Tabak, Kaffee zu den Dingen gehören, für die auch der kleine Mann noch am meisten Opfer bringt, weil sie ihm unentbehrlich sind, während er auf Reisen, auf bessere Kleidung, den Besuch von Theatern usw. längst vollständig zu verzichten gelernt hat. Würden wir jetzt, wie es die Entente will, auf Bier, Zucker, Kaffee, Tee nochmals Steuern legen, so würde der Verbrauch noch weiter und zwar ganz erheblich zurückgehen, weil die Bevölkerung einfach nicht in der Lage ist, höhere Preise anzulegen. Dann sind aber auch keine höheren Steuerertrgnisse zu erwarten, und die Entente steht genau dort, wo sie schon gestern stand.

Die deutsche Antwort auf die Einladung nach London.

D. London, 8. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Das Foreign Office gibt bekannt: Der deutsche Botschafter hat die britische Regierung in Kenntnis gesetzt, daß Deutschland die Einladung zur Londoner Konferenz annimmt. Die Londoner Konferenz wird am 1. März stattfinden. Im Widerspruch zu dieser Meldung teilt Reuters mit, daß vorerst eine formelle Einladung an die deutsche Regierung ergehen wird, in der die deutsche Regierung ersucht wird, Vertreter nach London zu entsenden. Die Mitteilung des Auswärtigen Amtes hat zur Voraussetzung, daß diese Einladung bereits in der Ententenote vom 29. Januar enthalten war.

Mr. Paris, 8. Febr. (Drahtbericht.) Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, erwartet man heute die Antwort der deutschen Regierung auf die Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz. Das Blatt sagt, es sei wahrscheinlich, daß die deutsche Regierung die Einladung annehmen werde, aber unabhängig von noch unbestimmten, nicht sehr kategorischen Bestimmungen, um nicht die sofortige Ablehnung darzutun. Ministerpräsident Briand habe gestern den französi-

schen Botschafter in Berlin, Charles Laurent, empfangen, der ihn über die letzten Zwischenfälle von wichtigem Charakter unterrichtet habe. Es zeige sich ganz unvorhergesehen, daß sich die Wut auch gegen England und Italien richtet. Mehrere englische und italienische Untertanen seien in der Straßenbahn in Berlin beseitigt worden. Das Blatt meint, die Weigerung der Entwanung könne ernst werden, da sie sofortige militärische Maßnahmen nach sich ziehen werde.

Die Formulierung der Antwortnote.

Br. Berlin, 8. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem die Ministerpräsidenten der deutschen Länder Berlin wieder verlassen haben, ist das Reichskabinett nunmehr damit beschäftigt, auf Grund der Beschlüsse der Berliner Ministerkonferenz eine Stellung zu den Forderungen der Entente im einzelnen festzulegen und mit der Ausarbeitung der deutschen Antwort zu beginnen. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, bleibt Staatssekretär Bergmann vorläufig in Berlin, um an diesen Beratungen teilzunehmen.

Die entscheidende Sitzung des bayerischen Ministerrats.

Br. München, 8. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir erfahren, ist der auf gestern nachmittag 3 1/2 Uhr angesetzt gewesene Ministerrat wegen der Erkrankung eines Mitgliedes des Ministeriums ummchtig geworden. Der Ministerrat, der die Entscheidung über die Stellungnahme Bayerns zu der Berliner Konferenz fllen soll, wird nunmehr am Dienstag vormittag stattfinden. Ihm sollen sich Beratungen mit den Fraktionsfhrern der Koalitionsparteien und darauf Fraktionsbesprechungen anschließen. Eine Entscheidung ist daher frühestens Dienstagabend zu erwarten.

Mr. Berlin, 8. Febr. (Eig. Drahtbericht.) In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts eine Beschlusseinstellung über die in London einzunehmende Haltung noch nicht erfolgt, da gänzlich die Stellungnahme der bayerischen Regierung abgewartet werden soll.

Gegen die Ententesforderungen.

W. T. B. Berlin, 7. Febr. Bei der Reichsregierung ist eine Fülle von Telegrammen von Parteiorganisationen und aus Industriekreisen eingegangen, worin auf die verhangnisvollen Folgen hingewiesen wird, die namentlich für die deutsche Wirtschaft durch die Annahme der Pariser Entschlüsse entstehen würden. Die Regierung wird abwarten, wie sich der Standpunkt, wie ihn Simons im Reichstag vertrat, zu halten.

W. T. B. München, 7. Febr. Die gestern vor der Reichsherrnhalle abgehaltene Versammlung von 30.000 Männern landete an dem Reichsminister des Innern Dr. Simons folgende Kundgebung:

Die hier versammelten Deutschen aller Kreise fordern von der Reichsregierung die sofortige strikte Ablehnung der Forderungen der Entente mit einem klaren Nein, niemals! Aufschrfe verurteilen sie jeden Deutschen, der es wagen sollte, irgendwie die Hand zu bieten zu dem Selbstmord, den die Unterzeichnung dieses Ergebnisses bedeutet. Die Reichsregierung hat nicht nur auf die lebensbedrohlichen materiellen Verluste zu achten, sondern vor allem auf den Sterin des Lebens und der Ehre Deutschlands!

Graf Storck über die Pariser Konferenz.

Mr. Rom, 7. Febr. (Havas.) Im Senat hielt Graf Storck eine Rede über die Ergebnisse der Pariser Konferenz. Was die Reparation anbelangt, sagte er, wären zwei Elemente Rechnung zu tragen: 1. dem Betrag der Schuld, 2. der Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Es sei ihmmerhin die Zahlungsfähigkeit Deutschlands einigermaßen zureichend anzunehmen, da Deutschland es bisher unterlassen habe, sich bekannt zu geben. Es besthe zurzeit in Deutschland ein stärker Gegensatz zwischen den wirtschaftlichen Bedingungen, die das Volk fordern, und der finanziellen Lage, die den wirtschaftlichen Bedingungen entsprechen müßte. Die Pariser Beschlüsse bewirkten, daß die Alliierten an dem wirtschaftlichen Wohl der Deutschen interessiert seien. Falls man in London zu einer Verständigung gelangen werde, so würde die begonnene Arbeit die glücklichsten Ergebnisse erzielen. Der Minister schloß seine Rede mit der Erwähnung, man müßte sich immer mehr einer Kampfhre der Unabwieslichkeit und der gegenständlichen Zusammenarbeit. Die Rede des Grafen Storck wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Zahlreiche Senatoren beglwnigten den Redner.

Französische Auerungen.

Mr. Paris, 8. Febr. (Havas.) Die Zeitungen beschränken sich vorwiegend mit der von Deutschland zu erwartenden Antwort auf die Einladung zur Londoner Konferenz. Das „Petit Journal“ laßt die Moglichkeit ins Auge, daß Deutschland unannehmbar Bedingungen stellen und schreibt: Dies würde ein ebenso gefährliches Spiel bedeuten wie die Weigerung. Man kann nicht genug wiederholen, daß die Alliierten deutsche Bedingungen nicht anerkennen haben. Sie sind nur bereit, die Vertreter Deutschlands über Modalitäten zuzulssige Maßnahmen und Auslegungen anzuhören. Sie können aber keine Abweichungen vom Vertrag zulassen. Jede bedingte Zustimmung müßte als eine Weigerung betrachtet werden und würde die gleichen Folgen nach sich ziehen. — Der „Petit Parisien“ berichtet bereits die Art der Zwangsmen. Zwischen der Entwanungsfrage und der Reparationsfrage sei wohl zu unterscheiden. Bezüglich der letzteren sei keine Frist gegeben: die Ausführung der meisten Artikel müßte sofort erfolgen, andernfalls würden Zwangsmaßnahmen getroffen werden. Hinsichtlich der zweiten Frage brauche die Ausführung, d. h. die Zahlung, frühestens erst im Laufe dieses Jahres zu beginnen. Verschiedene Bestimmungen könnten vorgeschlagen und geprüft werden, ohne daß die schon festgelegten Summen eine Änderung erfhrien. Die Weigerung der Entwanung würde also eine ernste Gefahr bedeuten und könnte alsbald die bekannten Maßnahmen nach sich ziehen. Wir müßten, so schreibt das Blatt, unseren Blick auf Bayern richten, denn dort leistet man bis jetzt Widerstand.

Eine deutsche Goldsendung an Frankreich.

D. Paris, 8. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Zu der Goldlieferung Deutschlands an die Bank von Frankreich wird amtlich folgendes bekannt gegeben: Die Bank von Frankreich hat loben von der Reichsbank in Berlin eine große Summe Gold, Goldbarren und gemunztes Gold, erhalten. Das Gold traf in einem plombierten Wagen ein und war in leinenen Säcken verpackt. Das Gold wird auf der Bank von Frankreich abgewogen und man wird der Wiedergutmachungskommission darüber ein Konto anlegen. Die Wiedergutmachungskommission wird über die Verwendung des Goldes verfügen. Die Goldlieferung an die Wiedergutmachungskommission erfolgt in Anwendung der §§ 1 und 3 des Artikels 29 des Verstzer Vertrags, wonach Deutschland sich verpflichtet, das von der trklischen Staatsbank bei der Reichsbank hinterlegte Gold herauszugeben.

Der frherste Termin zur Einreichung der Liste der Schäden.

Mr. Paris, 8. Febr. Wie der „Temps“ meldet, hat die Reparationskommission, nachdem sie wiederholt die verschiedenen alliierten und assoziierten Regierungen aufgefordert hatte, die Liste der erlittenen Schäden zu übermitteln, die Liste der erlittenen Schäden am 1. Mai zu übermitteln zu haben, einmtlich, nunmehr aus neue in diesem Sinne Vorstellungen zu erheben. Die Reparationskommission habe den 12. Februar als den frhersten Termin für die Übermittlung der erforderlichen Unterlagen bestimmt.

Nach einer weiteren Meldung des „Temps“ ist die Reparationskommission von der Konferenz beauftragt worden, die Ausführung des Artikels 9 des Friedensvertrages von Versailles, also die Artikel 248 bis 263, durchzuführen.

Die Interpellationsdebatte in der französischen Kammer.

Mr. Paris, 8. Febr. Wie der „Temps“ meldet, fand die Interpellationsdebatte, die heute in der Kammer fortgesetzt wird, bisher 14 Redner zum Wort. Das Blatt glaubt daher, daß die Diskussion nicht heute, sondern erst am Mittwoch und, wenn die Kammer an diesem Tage nicht zusammentreten sollte, am Donnerstag zu Ende geführt werden wird.

Krtezeitung des englischen Botschafters nach Washington.

Mr. Paris, 8. Febr. Nach einer Meldung des „Temps“ aus London tritt der englische Botschafter in Washington, Sir Auckland Geddes, die Krtezeitung nach Washington am 15. Februar an.

Das militärische Kräfteverhältnis vor Ausbruch des Weltkrieges.

Br. Berlin, 8. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der erste Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges zu prüfen hat, hat in seiner letzten Sitzung folgende Entscheidung gefaßt:

1. Der Ausschuss neigt von der Auffassung aus, daß die politischen Handlungen, die den Ausbruch des Weltkrieges herbeiführen oder zu verhindern geeignet waren, davon beeinflusst wurden, wie ihre Urheber die militärischen Kräfte der einzelnen Staaten beurteilten. Es besteht vielfach die Auffassung, daß die Mittelmächte hrten bei Kriegsausbruch eine überwiegend militärische Überlegenheit. Der Ausschuss erklärt deshalb eine die politischen Gründungen vorbereitende Aufgabe darin, die militärischen Kräfteverhältnisse der europäischen Staaten, zwischen denen der Krieg ausbrach, festzustellen.

2. Der Ausschuss hat auf Grund eingehender Prüfung der militärischen Kräfteverhältnisse Europas im Jahre 1914, wobei er auch die operativen Mlichkeiten der beiden hauptsächlichen Bundesgruppen berücksichtigt, festgestellt, daß die verbündeten Mchte, Rußland und Frankreich, den Mittelmächten mit militärischer Überlegenheit gegenüberstanden.

3. Der Ausschuss hält die Frage, wie der deutsche Generalstab die militärische Gesamtsituation im Jahre 1914 beurteilte, und ob sich die politische Lage über den militärischen Stand der Dinge genügend unterrichtete, sowie insbesondere, ob die Regierung sich über die politische Auswirkung des deutschen Operationsplanes hinreichend Rechenschaft gab, nicht für gefaßt und beschließt, diese Frage zum Gegenstand einer weiteren Prüfung zu machen.

Aus der dem Ausschuss beigelegten berliefertsten Tafel erfahren wir, daß die Friedensstrke Deutschlands nach den Berechnungen des französischen Generals Buat 870.000 Mann, die französische 610.000 Mann betrug. Die planmäßigen Kriegskrften waren nach Buat für Deutschland und Frankreich gleich (je 70 Divisionen), dagegen standen nach den Berechnungen von Montgias den 50 französischen Divisionen 117 1/2 russische gegenüber. Die Gutachten der Sachverständigen, zu denen namentlich Graf Montgias gehört, werden demnächst veroffentlicht werden. Nach dem dieses Teilergebnis der Arbeiten erlieht, wird sich der Untersuchung mit den bis 1914 immer mehr zunehmenden internationalen Spannungen beschäftigen.

Keine Verhandlungen über die Herbeiführung des Friedenszustandes mit Amerika.

W. T. B. Berlin, 7. Febr. Gegenüber der Meldung, daß ausweit Verhandlungen über die Herbeiführung des Friedenszustandes zwischen Amerika und Deutschland zwischen der deutschen Regierung und dem hiesigen amerikanischen Vertreter stattfinden, wird von zuständiger Seite festgestellt, daß keinerlei beratende Verhandlungen stattfinden.

Eintreffen der ersten amerikanischen Mschiffe.

Br. Bremen, 8. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der amerikanische Dampfer „West Arrow“, der die erste Sendung amerikanischer Mschiffe für Deutschland überbrachte, ist am Montag auf der Weser eingetroffen und legte heute morgen im Handels- und Industriehafen Bremen-Stadt an. Von den 742 Rhen sind nur 7 auf der Reise zugrunde gegangen. Der Dampfer mit dem Vieh bleibt zunächst in Quarantäne.

Die Bamberger Eisenbahnt Konferenz.

Br. Bamberg, 8. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Am 7. Februar fand hier die zweite technische Tagung der Reichseisenbahnen unter Leitung des Reichsverkehrsministers Gröner statt. Hierzu waren die obersten Betriebsbeamten der Generalbetriebsleitung, der Eisenbahngeneraldirektionen und der Eisenbahndirektionen zusammenberufen, da die Tagung den wichtigen Fragen der Betriebsförderung gewidmet war. Der amtliche Bericht lag über den Verlauf der Konferenz; Reichsverkehrsminister Gröner eröffnete die Tagung mit einer inhaltreichen Ansprache. Es wurden in eingehenden Erörterungen nicht nur die Maßnahmen zur Befestigung der gegenwärtigen gelauteten Betriebslage festgestellt, sondern auch allgemeine Richtlinien für die Steigerung der Betriebsleistungen gegeben, wobei die Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung im Vordergrund der Betrachtungen stand. Als besonders wichtig in dieser Beziehung wurde u. a. die beschleunigte Einführung der durchgehenden Güterzugabtreibe bezeichnet. Ferner wurde die Notwendigkeit der planmäßigen Verringerung des Personalbestandes, die bessere Verwendung des Zusatzleistungspersonals, die Befestigung unnötigen Personals- und Lokomotivwechsels sowie die Einschränkung der Rangierleistungen hervorgehoben. Wichtige Fahrplanangelegenheiten bildeten ebenfalls den Gegenstand der Tagesordnung. Eine klarere Trennung des Personen- und Fernverkehrs wurde von mehreren Seiten gefordert, ebenso eine bessere Anpassung der Dienstleistung des Personals an die Fahrpläne sowie eine Verschärfung der Pünktlichkeitskontrolle im Personen- und Güterverkehr. Zum Schluss wurden noch einige Vorläge zur Erhöhung der Betriebssicherheit gemacht. Reichsverkehrsminister Gröner ist heute nacht wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Baldige Auszahlung der Teuerungszulagen.

Br. Berlin, 8. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Heute tritt der 29. Ausschuss der preussischen Landesversammlung zu einer Sitzung zusammen, auf deren Tagesordnung der Antrag des preussischen Finanzministers auf Genehmigung der Notverordnung steht, die eine sofortige Auszahlung der neuen Teuerungszuschläge an die preussischen Beamten ermöglichen soll. Da anzunehmen ist, daß der Ausschuss die Notverordnung als dringlich ansehen und genehmigen wird, können die preussischen Beamten schon in den aller- nächsten Tagen auf eine Auszahlung der ihnen zugesagten Teuerungszulagen rechnen.

Wiederherstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer.

W. T. B. Berlin. 7. Febr. Der Reichsarbeitsminister erklärte sich, wie verschiedene Blätter melden, für die baldige Aufhebung der die Freizügigkeit einschränkenden Bestimmungen der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen. Da auf Betragen der Landesregierungen die Spitzenverbände der Arbeitnehmer dieser Auffassung des Ministers beiträgen, Reht die Wiederherstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer bevor.

Auflösung der Landwirtschaftskammer in Breslau.

Dr. Berlin 8. Febr. (Ein Drahtbericht.) Das preussische Staatsministerium hat die Vorläufe bei der letzten Sitzung der Landwirtschaftskammer in Breslau besprochen, wo es bekanntlich zu monarhistischen Demonstrationen kam, in deren Verlauf die Regierungsvertreter den Saal verlassen mußten. Es wurde beschlossen, die Landwirtschaftskammer aufzulösen.

Graf Czernin Gejandter in Berlin?

D. Wien, 8. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Dem früheren Minister des Aeußern in Oesterreich-Ungarn, Graf Czernin, ist der österreichische Gesandteposten in Berlin angeboten worden. Czernin hat sich Bedenkzeit erbeten.

Endgültige Ueberzeugung Kopps.

D. Wien, 8. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Wie verlautbart, ist der bisherige Vertreter Rußlands in Berlin, Viktor Kopp, endgültig abberufen worden. Er wird durch einen Bruder Krassins ersetzt werden.

Streif in der Herrenkonfektion.

W. T.-B. Berlin, 7. Febr. Nach dem „Vorwärts“ wird per Streik in der Herrenkonfektion, wozon nach der Angaben des Arbeitnehmersverbandes im ganzen etwa 30 000 bis 32 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen werden morgen beginnen. Die Maßschneiderei wird von dem Streik nicht betroffen.

Deutsche Kultur im Spiegel der Sprache.

In der Sprache spielen sich die Schicksale und Erlebnisse eines Volkes bis auf die feinsten Einzelsätze wider, und es ist geradezu erstaunlich, wie viel man von Zuständen und Einrichtungen der Vergangenheit aus ihr erkennt hat. Diese Bedeutung der Sprache für die kulturgeschichtliche Forschung wird besonders betont von dem bekannten Sprachforscher Prof. Hermann V. S. in seiner „Etymologie der neuhochdeutschen Sprache“, die soeben im C. F. Beck'schen Verlag zu München in zweiter vermehrter Auflage erscheint. Die Sprache lehrt uns am künftlichsten, daß wir Erben uralter Vergangenheit sind und uns nicht nur aus den Zuständen des Mittelalters entwickelt haben, sondern auch auf den Schultern der Griechen und Römer, ja, des alten Orients und der Indogermanen stehen. Mit Hilfe des Wortstammes ist es ja sogar möglich gewesen, die Kultur der Indogermanen zu erschließen; so geht z. B. aus den ältesten indogermanischen Entlehnungen der alttestamentlichen Sprache hervor, daß diese Vorfahren unseres Volkes schon die wichtigsten Tiere kannten, die in unseren Ländern leben, und ebenso den Ackerbau mit Pflug und Wagon sowie die wichtigsten Kulturpflanzen. Viel klarer aber tritt uns aus dem deutschen Wortbau die bereits ziemlich hochstehende Kultur der alten Germanen entgegen. Ebenso deutlich können wir den kulturellen Einfluß der Griechen und Römer an der Hand der Lehnwörter nachweisen. Das Griechische kann nicht unmittelbar auf das Deutsche gewirkt haben, und da wir trotzdem unzweifelhaft eine Reihe uralter Lehnwörter aus dieser Sprache finden, so müssen wir die Goten als Vermittler annehmen. Gewaltig auch war der Einfluß der römischen Sprache auf das Germanische, wie schon die Zahl der 497 aus dem Lateinischen entlehnten Wortfamilien beweist. Je enger die Germanen mit den Römern in Berührung kamen, desto stärker wurde der Strom von Fremdwörtern, der sich durch Jahrhunderte in unsere Sprache ergießt. Wir bezeichnen solche lateinischen Worten im Deutschen auf den verschiedensten Gebieten des äußeren und inneren Lebens, im Kriegswesen, der Verwaltung und dem Recht, in Schiffahrt, Handel, Münzwesen, Küche, Ackerbau, Viehzucht, Handwerk, Kleidung, Wohnung, Dekoration uvm. Die antiken Sitten und Anschauungen wirken noch in Wendungen nach, die wir für urdeutsch halten. So ist das Bild des „Lebenslaufes“ griechisch, ebenso „Bantafel“. Wir sprechen von Achillesferse, Danaergesicht, Porphyrisches, Tantalusquellen uvm. Von den römischen Gladiatorenmühen stammt die Redensart: Demant den Daumen halten. Aus unserer eigenen Urgelt kommt die Wendung: Die Tafel aufheben oder den Tisch aufheben. Die

Ein zurückgezogener Wahlverzicht der Christlichen
Volkspartei.

W. T. B. Koblentz, 5. Febr. Das Generalsekretariat der Christlichen Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung: „Die Christliche Volkspartei stellt angesichts der augenblicklich unlagbar schlimmen Lage unseres Vaterlandes die Abhaltung von Wahlen im Interesse der nationalen Geschlossenheit für durchaus untunlich und erklärt daher, für ihren Teil von dem Wahlkampf Abstand nehmen zu wollen. Nachdem aber die Deutschnationalen Volkspartei durch die Erklärung von Ersellens Herab und durch ihre Ablehnung an der Befestigung an der Reichsregierung wiederum ihre preussischen Sonderinteressen über die Gesamtinteressen des deutschen Vaterlandes gestellt und dadurch die Handhabung eines geschlossenen einheitlichen Volkswillens verhindert hat, hat die Christliche Volkspartei keine Veranlassung mehr, auf die Teilnahme an den Wahlen zu verzichten. Sie wird daher als innerdeutsche politische Partei auch bei diesen Wahlen ihr Programm aufstellen und durchführen.“

Der Buchdruckerstreik im Saargebiet.

W. T. R. Saarbrücken, 7. Febr. Der Buchdruckerstreik im Saargebiet geht weiter. Auch die Buchbinder und Hilfsarbeiter haben sich dem Streik angeschlossen. Da auch die Buchdrucker der sozialdemokratischen "Volkstimme" sich dem Streik angeschlossen haben, erscheinen im ganzen Saargebiet keine Zeitungen. Für morgen sind Verhandlungen vor dem Wirtschaftsamt der Regierungskommission angesetzt.

Rundgebungen in Oppeln.

ma. Oppeln, 8. Febr. Im Anschluß an die gestrigen deutschen Kundgebungen bei der Abfahrt des aus Oberschlesien ausgewiesenen Oberbürgermeisters Pleßsch wurde eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen, u. a. des Fahrplanleiters, weil er angeblich den D-Zug nicht fahrplanmäßig abgelassen hat. Die Verhafteten wurden später wieder entlassen. Heute wurde bekannt, daß die Ausgabe von Pässen für die nächsten Tage nicht erfolgt ist und die Veranstaltung von Vergnügungen untersagt ist. Der Bevölkerung, die darunter Vergeltungsmassnahmen für die gestrigen Kundgebungen sieht, hat sich einer starken Erregung bemächtigt. Mit der Lage beschäftigen sich heute bereits die politischen und Gewerkschaftsführer, die bei der interessierten Kommission vorstellig zu werden beabsichtigen.

Kattowitzer Polizeibeamte wegen Spionage verhaftet.

Da. Breslau, 7. Febr. Wie die „Schl. Post“ nach Rattowener Blättern berichtet wurden am Freitagabend zwei Beamte der polizeilichen Abteilung der Rattowener Polizeidirektion, Polizeirat Hürste und Kriminalwachmeister Klein, auf Veranlassung der internationalen Kommission unter der Leitungsbahn der Spionage (?) verhaftet. Es sind bereits Schritte im Gange, um die Freilassung der Verhafteten zu erwirken.

Eine Schiebung von Heeresgut nach Polen.

von Berlin, 8. Febr. Das „B. T.“ meldet: Die Reichstreuhandgesellschaft ist einer großen Schiebung von Deeresgut nach Polen aus die Spur verloren. Der Verwalter des ostlichen Lagers der Reichstreuhandgesellschaft in Stanau versuchte mit Hilfe einer Reihe von Schießern ostliche Instrumente, die für Artillerie- und Infanterie gebraucht hatten, an polnische Aufhäuser zu verkaufen. Am Samstag wurden mehrere große Kisten bei einem Spektateur beschlagnahmt, in denen sich 300 Rundbüchsenrohre befanden. Außerdem wurde weiteres Deeresgut im Werte von 200 000 M. bei einem Hatzbüchsenhändler in Steglitz gefunden.

Uneinigkeit zwischen Lenin und Trotsky.

III. Marjshan, 7. Febr. Hier einsetzende Meldungen bestätigen, daß zwischen Lenin und Trotski Uneinigkeit bezüglich des Vertrags mit England besteht. Lenin sei Anhänger und Trotski Gegner der Unterzeichnung des Vertrages.

Die Schweizer Gewerkschaften gegen eine Zollerhöhung.

122. Bern. 7. Febr. Der Ausschuss des schweizerischen
Gewerkschaftsbundes lehnte in einer gestern abgehaltenen
Sitzung die geplante Zollerhöhung und alle
Einschränkungen der Einfuhr ab.

Fische wurden nämlich damals tatsächlich hinausgetragen. In den Lehnworten aus dem Französischen können wir den Einfluss unserer westlichen Nachbarn auf unsere Geschichte ablesen. Wir stellen zuerst in der Zeit der besten Dichtung ein mächtiges Zutreffen französischer Wörter in das Deutsche fest, die zum großen Teil dann wieder verloren gehen. In der Neuzeit erfolgt dann im 17. und 18. Jahrhundert eine neue Überschwemmung mit französischen Wörtern. Doch auch andere Fremdsprachen machen sich in der neuzeitlichen Entfaltung unseres Wortthums bemerkbar, und manchmal führt ein französisches Wort in noch sehr viel fernere Lande zurück. Wenn wir heute „Jalousie“ gebrauchen, so ist dies wohl das französische „Eiserthum“. Wir bezeichnen aber damit etwas ganz anderes, und da wir nicht so eiserstülpig sind, um unsere Frauen hinter vergitterten Fenstern einzuschließen, so wird man naturgemäß nach dem Orient gewandt, wo diese Vergitterung für das Frauentum als üblich war. Das beschäftigt uns eine Bemerkung von Nehring, der 1710 schreibt: „In dem Divan zu Konstantinopel über dem Haupt des Grokherrn ist ein Fenster mit einem eisernen Gitter, durch welches der Grokherr alles, was im Divan passiert, sehen kann, welches man la Jalousie nennet.“ Wie die Renaissance durch das Aufblühen der humanistischen Studien zahlreiche griechische und lateinische Worte in die Sprache der Gelehrten einführt, so werden im Zeitalter der Entdeckungen Sprachgüter aus aller Herren Ländern uns zugeführt, nicht nur aus dem Niederländischen, dem Spanischen, Italienischen, sondern auch aus dem Persischen, Ostindischen, Afrikanischen, Türkischen uvm. Interessant sind auch die Eindrücke der verschiedenen Kulturkreise auf die Sprache. Aus der Hochsprache der Musik kommen sehr zahlreiche Wendungen, wie z. B. Ton, Fall, Stimmung, Harmonie, den Ton angeben, die alte Leier, gefundene Saiten aufziehen usw. Aus der Malerei kommen Worte, wie falschieren und vertuschen der. Das Karten spiel hat sehr viele Redewellen herbeigeholt, wie z. B. übertrumpfen, sich nicht in die Karten lassen lassen, Farbe bekennen usw. Vom Schachspiel ist sogar der Ausdruck Schachmatt übernommen. Aus dem Kreis der Zauberei stammen Wendungen, wie blauen Dunst vormachen, sein blaues Wunder sehen. Etwas aus dem Armet „Hütteln“, kommt vom Totenpieler her. Das Wort Zwed, eigentlich „Zielstod“, hat keine übertragene Bedeutung vom mittelalterlichen Scheiben spielen erhalten, und davon kommt; auch der; ins Schwarze treffen, den Bogen abschießen, zum Festsitzen geben. Der Hauptpreis blieb nämlich das „Rehe“, so daß die letztgenannte Redensart eigentlich „als Preis aussetzen“ bedeutet. Diese Beispiele, die sich natürlich noch unendlich vermehren ließen, zeigen, wie lebendig sich in der Sprache die Kultur spiegelt.

O. K

Wiesbadener Nachrichten.

Handelskammer zu Wiesbaden.

Der Hauptausschuß der Handelskammer zu Wiesbaden trat zu einer ersten Sitzung am 10. Januar 1921 unter dem Vorsitz des neugewählten Handelskammerpräsidenten Herrn Geheimrat Sauer zu sammen. Nachdem vor Beginn der Sitzung eine vertrauliche Besprechung der Rechnungscommission abgehalten war, die sich hauptsächlich mit der Festlegung der neuen Gehälter der Beamten und Angestellten befaßte, und deren Vorschläge nachher die Genehmigung des Hauptausschusses finden, wurde vom Hauptausschuß nach folgende Angelegenheiten behandelt: 1. Im Bezirk hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, weitere Sachverständige zu erteilen. Es wurde daher a) der weiteren Vereidigung von Bülkerredizoren zugestimmt. Die Wahl der Personen wurde jedoch offen gelassen. Ferner wurde beschlossen: b) der Vereidigung eines Sachverständigen für Kautenwerte und Kursumgegend in der Person des Herrn Leopold Geh zugestimmen; c) dagegen die Vereidigung eines Sachverständigen für Lort mangels eines Bedürfnisses abzulehnen, statt dessen die Vereidigung eines Sachverständigen für Kauten vorzunehmen; d) vor der endgültigen Stellungnahme über die Vereidigung eines Sachverständigen für Kauten noch Erhebungen anzustellen. 2. Bezüglich der Frage der Erhöhung der Gebühren für die An- und Abfuhr von Särgen wurde eine Kommission, bestehend aus den Kammermitgliedern Jung, Hermann und Merg, eingesetzt. 3. Der Antrag des Kaufmännischen Vereins zur Erhöhung der Eise in der Handelskammer wurde in Anbetracht der Wichtigkeit der Frage gestellt der Beschlussfassung durch ein größeres Gremium, event. der Vollversammlung übertragen. 4. Von einer Weiterverfolgung der Angelegenheit, betr. Wiederinführung der Übersee-telegramme zu halber Gebühr, soll einstweilen Abstand genommen werden, da nach einer Umfrage im Bezirk gegenwärtig eine besondere Zweckmäßigkeit hierfür nicht zu erkennen ist. 5. Den Beitrag für den Verband für das kaufmännische Bildungswesen in Frankfurt a. M. beschloß der Ausschuss entsprechend den Verhältnissen zu erhöhen. Für den Beitrag der amtlichen Kriessfürsorgekasse für Kriegshinterbliebene wurde an Stelle der ausgeschiedenen Frau Wels Frau Elisabeth Ungenbühl (Wiesbaden) vorgeschlagen. Die Frage der Stellung der Handelskammer zu den Frankfurter Messen wurde einstweilen vertagt. 6. Die Forderung des Gesamtarbeitgeberverbandes für Höchst a. M. und Umgebung, Höchst a. M., beim Bezirksausschuß Wiesbaden wegen der Einführung einer Gewerbesteuer für die Stadgemeinde Höchst a. M. nach der Kopfzahl der in den gewerbesteuerpflichtigen Betrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter wird für durchaus begründet erachtet und ist von der Handelskammer unterstützt werden.

— Zur Gellsmünser-Mühe erfahren wir weiter folgen- des: Von den seitgenannten 12 Personen sind 5 Lithogra- phen, und zwar aus Wiesbaden, Mainz und Jochst. Sie haben g. meintheillich in ihrer an der Delsenstraße hier be- findlichen Werkstatt die falschen Scheine hergestellt. Die übr- igen 7 Leute haben zusammen mit dem Lithographen aus Jochst. den Abzug bewirkt. In der hiesigen Werkstatt wurden die bei der Herstellung benutzten Steine sowie der größte Teil der beschlagnahmten Scheine aufgefunden. Die hiesige Kriminalpolizei ist mit größtem Eifer in der Sache vor- gegangen. Nur dadurch war es möglich, so bald das Gell- smünsernest auszubeden.

— Vom Viehmarkt. Bei einem Auftrieb von 32 Rindern, darunter 2 Ochsen, 7 Bullen, 23 Kühen und Kälbern, 172 Kälbern, 81 Schafen, 143 Schweinen legte bei ruhigem Geschäft getrennt der Markt ein, beehrte sich nicht bis zum Schluß, hinterließ aber keinen Ueberschuß. Die Kinderpreise sowie die für Kälber sonst gegen den vormöchigen Montagmarkt etwas an, während die Preise für Schweine nach unten drückten. Die Schafpreise hielten ihren bisherigen Stand. Man notierte: Ochsen: vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben 900 bis 950 M., junge, fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 800 bis 900 M.; Füllen: vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwerts 900 bis 950 M.; Kälber und Kühe: vollfleischige, ausgewachsene Kälber, höchsten Schlachtwerts 900 bis 950 M., vollfleischige, ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 800 bis 850 M. Kälber: letzte Wahl, älter 1000 bis 1100 M., mittlere Wahl und beste Saukälber 800 bis 950 M., geringere Wahl und gute Saukälber 800 bis 850 M. Schafe: Mastlämmer und Mastlämmer 750 bis 800 M. Schweine: vollfleischige von 160 bis 200 Pfund Lebendgewicht 1450 bis 1500 M., vollfleischige unter 100 Pfund Lebendgewicht 1400 bis 1450 M., vollfleischige von 200 bis 240 Pfund Lebendgewicht 1450 bis 1500 M., vollfleischige von 240 bis 300 Pfund Lebendgewicht 1250 bis 1300 M., pro 100 Pfund Lebendgewicht über 300 Pfund Lebendgewicht 1300 M., alles pro 100 Pfund Lebendgewicht.

Kleine Chronik.

Bildende Kunst und Musik. Kammerfräulein Frieda Hempel, die bereits vor Weihnachten 25 000 M. zur Beschaffung armer Kinder aus New York gesandt hat, übernimmt nunmehr an ihren Persönlichkeitlichen 120 Eintrittsins eines auszuwählen der deutschen Kinder veranstalteten Konzerts in Höhe von 170 000 M., welche dem Reichscharakter, dem Minister der Stadt Berlin, den Staatskassieren und den Sammlungen der Briefe zur Ernährung unterernährter Kinder und Säuglinge zugeführt werden. Bei der Deutschen Bühnengesellschaft wurde eine Stiftung für arme Schauspieler-Kinder errichtet, die den Namen der Spenderin trägt. — Im Stadttheater zu Königsberg wurde das Eröffnungswort des Königsberger Organisten Ernst Machte — die Hoffen „Der Dorfbesitzer“ — mit starkem Beifall aufgenommen.

Wissenschaft und Technik. Die Süddeutsche Dis-
conto-Gesellschaft in Mannheim hatte der
Heidelberger Universität zu wissenschaftlichen Zwecken
100 000 M. zur Verfügung, die gleiche Summe der Freiburger
Universität und 50 000 M. der Karlsruher Hochschule, ins-
gesamt also eine Viertelmillion-Summe. — Professor von
Parisot, der berühmte Erfinder des unsterilen Luftkaffs,
feierte am Samstag seinen 60. Geburtstag. Professor von
Parisot ist Inhaber der Professur für Luftkaffslehre an der
Technischen Hochschule zu Charlottenburg. — In Beantwor-
tung einer Anfrage der preussischen Landesversammlung teilt
der preussische Landwirtschaftsminister Braun mit, daß ange-
sichts der hohen Frequenzzahlen der Forstakademien in
Eberswalde und Hamm-Wunden beide Forsthochschulen
vorläufig beibehalten werden müssen, da die Unterrichtsein-
richtungen einer Umstalt für die Gesamtheit der Studenten
der Forstwissenschaft nicht ausreichen. Erst wenn die Studen-
tenzahl im Lauf der nächsten Jahre erheblich zurückgegangen
ist, kann die Frage der Zusammenlegung beider Anstalten
geprüft werden. — Nachdem es gelungen ist, viele Kreise des
deutschen Wirtschaftslebens, Industrie, Handel und Land-
wirtschaft, insbesondere aber auch die staatlichen und kommunal-
en Behörden, für die Gründung eines Instituts für
Verkehrslehre zu interessieren, hat der Verwaltungsrat
der Gesellschaft zur Förderung eines Instituts für Ver-
kehrslehre beschlossen, dieses Unternehmen im Anschluß an
die Universität Köln ins Leben zu rufen. Ein Ver-
kehrsarchiv soll der Forschung dienen und Auskünfte über
Verkehrsfragen erteilen. Die Lehrtätigkeit soll alle Fragen
des Verkehrslebens umfassen.

Wunden.

Beileidsbesuchen und Krangipenden bittet man ab; eben

Sport.
